



Verband der Solidarität freier Wohlfahrtsorganisationen e.V.

Info-Brief November 2019

EU Informationen

Erasmus+: Budget wird für 2020 erhöht. Mehr Geld für Auslandsstudium, Schüleraustausch und Auslandspraktika

Mehr als 3 Milliarden Euro will die Europäische Union (EU) im nächsten Jahr für das Förderprogramm Erasmus+ ausgeben. Das sind 12 Prozent mehr als im Vorjahr.

Erasmus+ ist ein Programm der EU, das Studierende, Auszubildende sowie Schülerinnen und Schüler unterstützt, die einen Auslandsaufenthalt planen.

[Weiterlesen](#) in den BA News vom 14.11.2019

Umfrage zur ESF-Förderung für mehr Beschäftigung und Mobilität

In einer öffentlichen Konsultation befragt die EU-Kommission alle Bürger/innen zu den Aktivitäten des ESF zur Unterstützung der Beschäftigung und Mobilität im Zeitraum 2014-2018. Eine Teilnahme ist bis zum **06. Januar 2020** möglich.

[Weiterlesen](#)

Gleichstellungsindex 2019: Deutschland auf Platz zwölf

Die Gleichstellung der Geschlechter kommt in den Mitgliedstaaten nur langsam voran. Mit 66,9 von 100 Punkten belegt Deutschland im EU-Gleichstellungsindex den 12. Platz. Der europaweite Wert für die Gleichstellung der Geschlechter liegt bei 67,4 und hat sich seit 2017 nur um einen Punkt erhöht. Der Gleichstellungsindex des Europäischen Instituts für Gleichstellungsfragen (EIGE) zeigt, dass trotz der Errungenschaften der letzten Jahrzehnte und der Maßnahmen der EU-Kommission die Fortschritte bei effektiver Gleichstellung nur sehr langsam vorankommen.

Spitzenreiter innerhalb der EU ist mit 83,6 Punkten Schweden. An zweiter Stelle steht Dänemark mit 77,5 Punkten. Griechenland und Ungarn haben den größten Aufholbedarf: Beide Länder liegen unter 52 Punkten.

[Weiterlesen](#) in der Pressemitteilung der EU-Kommission.

Junge Erwachsene: Ein Drittel hat keinen Berufsabschluss

Knapp 4,8 Millionen junge Erwachsene zwischen 20 und 34 in Deutschland haben keinen beruflichen Abschluss. Gleichzeitig wurden die Fördermaßnahmen für Berufsausbildungen seit 2010 erheblich reduziert.

[Weiterlesen](#) bei O-Ton Arbeitsmarkt

Aufstocken mit Hartz IV: Subventionieren die Jobcenter Dumpinglöhne?

10,51 Milliarden Euro an Hartz-IV-Leistungen gaben die Jobcenter im vergangenen Jahr für Aufstocker-Bedarfsgemeinschaften aus, in denen mindestens eine Person erwerbstätig war. Kompensiert der Sozialstaat also prekäre Arbeitsverhältnisse und Dumpinglöhne oder sind die Zahlungen eher ein Ausdruck der Sozialstruktur im Hartz-IV-System?

[Weiterlesen](#) bei O-Ton Arbeitsmarkt

Ausbildungssuche: Jeder siebte Bewerber ohne Erfolg

Nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit (BA) gab es im Ausbildungsjahr 2018/19 knapp 512.000 Bewerber für Berufsausbildungsstellen. Während fast 250.000 von ihnen in eine Ausbildung einmündeten, ging ein Siebtel der Bewerber bis zuletzt leer aus. Gleichzeitig blieben bundesweit rund 53.000 Ausbildungsplätze unbesetzt. Grund dafür sind regionale und branchenspezifische Passungsprobleme.

[Weiterlesen](#) bei O-Ton Arbeitsmarkt

BA Weisungen November 2019

Aktuelle Weisung der Bundesagentur für Arbeit (BA) aus dem Bereich Arbeitsmarkt und Integration.

Weisung 201911003 vom 06.11.2019: [§ 16e SGB II Eingliederung von Langzeitarbeitslosen und § 16i SGB II Teilhabe am Arbeitsmarkt – Anpassung der Weisungen zu den §§ 16e und 16i SGB II](#)

Weisung 201911002 vom 06.11.2019: [Änderung der Fachlichen Weisungen zu § 23 Sozialgesetzbuch Zweites Buch \(SGB II\)](#)

BA: Teilhabechancen auf dem allgemeinen und sozialen Arbeitsmarkt nach §§ 16e und 16i SGB II

Ein aktueller Bericht in der Reihe "Arbeitsmarkt kompakt" der Bundesagentur für Arbeit informiert über [Teilhabechancen auf dem allgemeinen und sozialen Arbeitsmarkt nach §§16e und 16i SGB II](#).

Halbwahrheit über im BA-Haushalt 2020 geplante Mittel im "Weiterbildungsbudget"

"In dem Etat der Bundesagentur für Arbeit (BA) sind allein für Weiterbildung und Qualifizierung 1,9 Milliarden Euro eingeplant - rund 20 Prozent mehr als 2019." So ist es in diversen Online-Meldungen (Quelle: dpa) über den am 08. November 2019 vom Verwaltungsrat beschlossenen Haushalt 2020 der BA zu lesen. (u.a. Handelsblatt Online). Nach Informationen des Bremer Instituts für Arbeitsmarktforschung und Jugendberufshilfe (BIAJ) stimmt das aber so nicht ganz:

[Halbwahrheit über im BA-Haushalt 2020 geplante Mittel im "Weiterbildungsbudget"](#)

"Teilhabe am Arbeitsmarkt" im Vorjahresvergleich: Geförderte Beschäftigungsverhältnisse und Ausgaben bis Oktober 2019

Im Oktober 2019 wurden von allen 406 Jobcentern zusammen insgesamt 30.164 Beschäftigungsverhältnisse gemäß § 16i SGB II ("Teilhabe am Arbeitsmarkt") gefördert. Dies waren lediglich 14.370 mehr als der höchste Bestand geförderter Beschäftigungsverhältnisse im Rahmen des Bundesprogramms "Soziale Teilhabe am Arbeitsmarkt" im April 2018.

Für die "Teilhabe am Arbeitsmarkt" (§ 16i SGB II) gaben die Jobcenter gE (*gemeinsame Einrichtungen von Kommunen und Bundesagentur für Arbeit (Agenturen für Arbeit); entsprechende Daten für die 104 Jobcenter zkt ("zugelassene kommunale Träger") sind dem BIAJ bisher nicht bekannt*) von Januar bis Oktober 2019 insgesamt 201 Millionen Euro aus, davon 151,5 Millionen Euro aus den Haushaltsmitteln der Jobcenter gE für "SGB-II-Eingliederungsleistungen" und 49,5 Millionen Euro aus dem sogenannten Passiv-Aktiv-Transfer (PAT - siehe dazu auch: [BMAS-BA PAT](#)).

Für alle "SGB-II-Eingliederungsleistungen" wurden von den Jobcentern gE in den ersten zehn Monaten 2019 (etwa 83,3 Prozent des Haushaltsjahres) insgesamt 2,342 Milliarden Euro ausgegeben (ohne die 49,5 Millionen Euro aus dem PAT), 63,6 Prozent der für diese Leistungen zugeteilten 3,681 Milliarden Euro (ebenfalls ohne PAT-Mittel).

Zu weiteren Informationen über die geförderten Beschäftigungsverhältnisse (Jobcenter insgesamt), die Ausgaben für Maßnahmen nach dem § 16i SGB II ("Teilhabe am Arbeitsmarkt"), den Passiv-Aktiv-Transfer** und die "SGB-II-Eingliederungsleistungen" insgesamt (Ausgaben immer nur Jobcenter gE) in den einzelnen Ländern siehe die [BIAJ-Materialien vom 06. November 2019](#)

Siehe zu diesen Infos auch die BIAJ-Materialien: ["Teilnehmerpotenzial Teilhabechancengesetz" und geförderte Beschäftigungsverhältnisse Oktober 2019 im Ländervergleich](#) vom 08. November 2019.

Förderung von Anerkennungsinteressierten ausländischen Berufsqualifikationen

Die Anerkennungsgesetze helfen bei der Arbeitsmarktintegration von Menschen mit im Ausland erworbenen Berufsqualifikationen. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) verbessert mit der Fördermaßnahme "Zuschuss für die Berufsanerkennung" den Zugang in ein Berufsanerkennungsverfahren.

Anerkennungsinteressierte werden bei der Finanzierung der Kosten des Anerkennungsverfahrens unterstützt (Anerkennungszuschuss). Daneben fördert das BMBF Auswertungen und Maßnahmen zur Erprobung und Weiterentwicklung des Anerkennungszuschusses sowie Aktivitäten zur strukturellen Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Finanzierung und Begleitung von Berufsanerkennungsverfahren.

Diese Förderrichtlinie trat am 1. Oktober 2019 in Kraft. Ein Antrag auf Aufnahme in die Förderung nach dieser Richtlinie kann letztmalig am 31. Dezember 2021 gestellt werden. Anträge auf Auszahlung von Anerkennungszuschüssen können bis zum 30. September 2022 eingereicht werden.

Details dazu lesen Sie in der Förderrichtlinie auf den [Internetseiten](#) des BMBF

"heute im bundestag" – Meldungen November 2019 – In chronologischer Reihenfolge

Linke will Hartz IV deutlich reformieren

Die Fraktion Die Linke macht sich in einem Antrag ([19/14788](#)) dafür stark, das Hartz-IV-System zu überwinden. Es sei arbeitsmarkt- und sozialpolitisch ein gravierender Fehler gewesen, mit zu niedrigen Leistungen, Repressalien und Druck auf Löhne. Denn zum einen seien zentrale arbeitsmarktpolitische Ziele der Reform verfehlt worden, zum anderen schütze Hartz IV nicht vor Armut und Ausgrenzung, schreiben die Linken. Sie fordern deshalb unter anderem, die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen zu erleichtern, eine bessere Weiterbildung für alle Erwerbslosen durch einen Rechtsanspruch zu sichern, die Rahmenfrist in der Arbeitslosenversicherung von zwei auf drei Jahre zu verlängern sowie eine sanktionsfreie Mindestsicherung für Erwachsene ohne ausreichendes Einkommen und Vermögen und eine Kindergrundsicherung einzuführen.

Quelle: hib-Meldung 1245 vom 07.11.2019

Bildungsabschlüsse in der Grundsicherung

Im Juni 2019 gab es rund 1,4 Millionen arbeitslose erwerbsfähige Leistungsberechtigte (ELB) im Bereich der Grundsicherung für Arbeitssuchende. Darunter waren knapp 25 Prozent ohne Hauptschulabschluss, rund 35 Prozent mit einem Hauptschulabschluss, 18 Prozent mit Mittlerer Reife, rund vier Prozent mit Fachhochschulreife und knapp neun Prozent mit Abitur oder Hochschulreife. Für 9,6 Prozent der ELB lagen keine Angaben zur Schulbildung vor. Das geht aus der Antwort ([19/14467](#)) der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage ([19/13393](#)) der AfD-Fraktion hervor.

In der Antwort heißt es weiter, dass in der Statistik der Bundesagentur für Arbeit (BA) über die Grundsicherung für Arbeitssuchende zwar Angaben zum beruflichen Ausbildungsniveau für arbeitslose ELB vorliegen, nicht jedoch für alle Leistungsberechtigten. Von den 1,4 Millionen ELB hatten demnach knapp 65 Prozent keine abgeschlossene Berufsausbildung, 30 Prozent verfügten über eine betriebliche oder schulische Ausbildung und vier Prozent über eine akademische Ausbildung.

Quelle: hib-Meldung 1248 vom 07.11.2019

Abschaffung von Hartz-IV-Sanktionen

Die Fraktionen Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen fordern in einem gemeinsamen Antrag ([19/15078](#)) die Abschaffung der Sanktionen beim Arbeitslosengeld II. Sie beziehen sich zur Begründung auf ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts, das die Sanktionspraxis eingeschränkt hatte. Linke und Grüne gehen in dem Antrag allerdings darüber hinaus und fordern eine generelle Abschaffung von Sanktionen. Ferner sollen die Jobcenter bedarfsdeckend mit Personal und Mitteln zur Eingliederung und für die Verwaltung

ausgestattet werden. Auch soll das Fallmanagement verbessert werden, damit Arbeitssuchende passgenaue Hilfen und garantierte Angebote zur Weiterbildung erhalten.

Quelle: hib-Meldung 1277 vom 14.11.2019

Bundeshaushalt 2020 beschlossen

Der Bund kann im kommenden Jahr 362 Milliarden Euro ausgeben. Das sind 5,6 Milliarden Euro beziehungsweise 1,6 Prozent mehr als im Soll für das Jahr 2019. Gegenüber dem zwischenzeitlich um die für die Haushaltsplanung relevanten Ergebnisse des Klimapakets der Koalition ergänzten Regierungsentwurf ([19/11800](#)) erhöhte der Ausschuss den Ansatz um weitere 1,662 Milliarden Euro...

Gegenüber dem Regierungs-Entwurf steigen die Ausgaben im Etat des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (Einzelplan 11), der mit Abstand größten Einzel-Etat, weiter an. Sie sollen im kommenden Jahr 150,222 Milliarden Euro betragen, im Entwurf waren es 148,583 Milliarden Euro. Die Steigerungen lassen sich im Wesentlichen auf an Prognosen angepasste Ansätze für Sozialleistungen zurückführen. So fällt unter anderem der Ansatz "Beteiligung des Bundes an den Leistungen für Unterkunft und Heizung" (Titel 632 11 - 252) mit sieben Milliarden Euro um 800 Millionen Euro höher aus als im Regierungsentwurf. Beim Arbeitslosengeld II wird im kommenden Jahr nun mit Ausgaben in Höhe von 20,9 Milliarden Euro gerechnet. Das sind 700 Millionen Euro mehr als im Regierungsentwurf...

[Weiterlesen](#) in der hib-Meldung 1285 vom 15.11.2019

91.000 Sanktionen bei Alleinerziehenden

Im Jahr 2018 wurden von den Jobcentern 91.000 Sanktionen gegenüber alleinerziehenden erwerbsfähigen Leistungsberechtigten ausgesprochen. Das schreibt die Bundesregierung in einer Antwort ([19/14586](#)) auf eine Kleine Anfrage ([19/13892](#)) der FDP-Fraktion. Darin betont sie weiter, dass sie derzeit keine Anhaltspunkte für einen Aufklärungsbedarf bei Jobcentern in Bezug auf Einkommensarmut und Kindeswohlgefährdung sehe. Eine verantwortungsvolle und einzelfallbezogene Herangehensweise der Jobcenter sei angemessen, heißt es in der Antwort.

Quelle: hib-Meldung 1301 vom 20.11.2019

Förderung durch sozialen Arbeitsmarkt

Bisher werden bundesweit rund 33.600 Arbeitslose durch Maßnahmen des Teilhabechancengesetzes (Sozialer Arbeitsmarkt mit Lohnkostenzuschüssen) gefördert. Das sei ein zufriedenstellender Start, schreibt die Bundesregierung in ihrer Antwort ([19/14003](#)) auf eine Kleine Anfrage ([19/13620](#)) der AfD-Fraktion.

Quelle: hib-Meldung 1330 vom 25.11.2019

Eine Million Beschäftigte stocken auf

Im Dezember 2018 bezogen eine Million Erwerbstätige aufstockend zu ihrem Lohn Leistungen der Grundsicherung für Arbeitssuchende. Das geht aus der Antwort ([19/14185](#)) der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage ([19/13682](#)) der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hervor. Demnach waren 997.000 Menschen in einer abhängigen und 78.000 in einer selbständigen Erwerbstätigkeit. Von den abhängig Beschäftigten erzielten 542.000 oder 54 Prozent ein Bruttoeinkommen von 450 Euro und mehr.

In der Antwort heißt es weiter, dass im Dezember 2018 im Rechtskreis SGB II rund 755.000 oder 53 Prozent der Arbeitslosen weniger als ein Jahr arbeitslos waren. Von den Langzeitarbeitslosen waren, bezogen auf alle Arbeitslosen im Rechtskreis SGB II, rund 19 Prozent ein bis unter zwei Jahre arbeitslos, 15 Prozent zwei bis unter vier Jahre, sieben Prozent vier bis unter sechs Jahre, 3,5 Prozent sechs bis unter acht Jahre, 24.000 oder 1,7 Prozent acht bis unter zehn Jahre und 22.000 oder 1,5 Prozent zehn Jahre und länger arbeitslos

Quelle: hib-Meldung 1313 vom 21.11.2019

Novelle der Aufstiegsfortbildungsförderung

Mit dem Vierten Gesetz zur Änderung des Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetzes (AFBG) (19/15273) verfolgt die Bundesregierung nach eigener Auskunft das Ziel, die höherqualifizierende Berufsbildung in Deutschland zu stärken. Durch Leistungsverbesserungen und die Erweiterung der Fördermöglichkeiten für jeden Einzelnen sollen berufliche Aufstiegsfortbildungen demnach noch attraktiver werden...

[Weiterlesen](#) in der hib-Meldung 1334 vom 26.11.2019

Junge Erwachsene ohne Ausbildung

Im Jahr 2018 hat es rund 272.000 Erwerbslose im Alter von 20 bis unter 35 Jahren ohne beruflichen Abschluss gegeben. Das schreibt die Bundesregierung in der Antwort ([19/13476](#)) auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke ([19/12288](#)). Das entspreche einem Anteil an der gleichaltrigen Bevölkerung von 1,8 Prozent. Erwerbstätig waren im Jahr 2018 rund 2,65 Millionen Personen im Alter von 20 bis unter 35 Jahren, die keinen beruflichen Abschluss haben...

[Weiterlesen](#) in der hib-Meldung 1334 vom 26.11.2019

Arbeitsrecht

Abweichung vom "Equal-Pay-Grundsatz" durch Bezugnahme auf Tarifvertrag

Arbeitgeber, die als Verleiher Leiharbeitnehmer an einen Dritten überlassen, können vom Grundsatz der Gleichstellung ("Equal-Pay") kraft arbeitsvertraglicher Vereinbarung nach § 9 Nr. 2 Halbs. 3 AÜG aF nur dann abweichen, wenn für den Entleihzeitraum das einschlägige Tarifwerk für die Arbeitnehmerüberlassung aufgrund dieser Bezugnahme vollständig und nicht nur teilweise anwendbar ist.

Bundesarbeitsgericht, [Urteil vom 16. Oktober 2019 - 4 AZR 66/18 -](#)

Urteil des Bundesverfassungsgerichts: Hartz-IV-Sanktionen sind teilweise verfassungswidrig

Die monatelangen Leistungskürzungen, mit denen Jobcenter unkooperative Hartz-IV-Besitzer sanktionieren, sind teilweise verfassungswidrig. Diese Entscheidung hat das Bundesverfassungsgericht am 05.11.2019 in Karlsruhe verkündet.

[Pressemitteilung des Bundesverfassungsgerichtes](#)

Kritische Bewertungen des Urteils zusammengefasst im [Thomé Newsletter 42/2019](#) und bei [O-Ton Arbeitsmarkt](#)

"Arbeitslose fördern statt ins Existenzminimum eingreifen!"

In einer gemeinsamen Erklärung fordern die Arbeiterwohlfahrt, der Deutsche Gewerkschaftsbund, die Diakonie Deutschland und der Paritätische Wohlfahrtsverband gemeinsam mit weiteren Partnern, Verbänden und Organisationen, die bestehenden Sanktionsregelungen im Hartz-IV-System aufzuheben und ein menschenwürdiges System der Förderung und Unterstützung einzuführen. Anlass ist die Urteilsverkündung des Bundesverfassungsgerichts am 5. November 2019 zur Frage, ob die bestehenden Sanktionen, die bis zum vollständigen Entzug der Leistungen einschließlich der Miete reichen können, verfassungsgemäß sind.

[Weiterlesen](#) in der AWO Pressemitteilung vom 05.11.2019

Hartz IV Sanktionen: Reaktion des Paritätischen zur Erklärung von Bundesarbeitsminister Heil

Der Paritätische Wohlfahrtsverband begrüßt die Zusage von Bundesarbeitsminister Hubertus Heil, auch vor einer gesetzlichen Neuregelung zu den Sanktionen in Hartz IV keinen Übergangsweisungen der Bundesagentur für Arbeit zuzustimmen, die Kürzungen des Re-

gelsatzes von über 30 Prozent ermöglichen. Heil griff damit eine Forderung des Paritätischen auf, die dieser nach Bekanntwerden verschiedener Entwürfe aus der Bundesagentur an den Minister richtete...

[Weiterlesen](#) in der Pressemeldung des Paritätischen vom 27.11.2019

Aktuelles aus dem Internet

Neue Infoplattform "Sanktionen im SGB II"

Am 5. November 2019 erklärte das Bundesverfassungsgericht die "Sanktionen im SGB II" für teilweise verfassungswidrig.

In der politischen Debatte wurden immer wieder Forderungen nach einer Reform der bestehenden Sanktionsregelungen in der Grundsicherung bis hin zur vollständigen Abschaffung diskutiert. Eine Neuregelung durch den Gesetzgeber ist nun erforderlich.

Die IAB-Infoplattform: [Sanktionen im SGB II](#) bietet Zugang zu wissenschaftlichen Erkenntnissen zum Thema sowie zu Reaktionen auf das Verfassungsgerichtsurteil.

DGB: Erste Erfahrungen mit dem "Sozialen Arbeitsmarkt"

Zum Jahresbeginn ist das Teilhabechancengesetz mit neuen Fördermöglichkeiten für Langzeitarbeitslose bzw. Langzeitleistungsbezieher in Kraft getreten.

In der [aktuellen Ausgabe von "arbeitsmarktaktuell"](#) des DGB wird analysiert, wie die neuen Förderinstrumente im ersten Halbjahr 2019 angelaufen sind und ob es Hinweise auf Nachbesserungsbedarf gibt.

BA/BIBB: Vier von fünf Jugendlichen werden im Wunschberuf ausgebildet

Die große Mehrheit (83 %) der Bewerber/innen, die eine betriebliche Ausbildungsstelle finden konnte, wird in ihrem Wunschberuf oder einem ihrer Wunschberufe ausgebildet. Dies zeigen Ergebnisse einer repräsentativen BA/BIBB-Bewerberbefragung.

[Zusammenfassung und Download](#)

Weitere Informationen unter www.bibb.de/de/85311.php

IAB-Forum: Vier Jahre gesetzlicher Mindestlohn – die wichtigsten Forschungsbefunde im Überblick

Es war die einschneidendste Reform des deutschen Arbeitsmarkts seit der Agenda 2010: die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns im Jahre 2015. Seinerzeit überboten sich Wissenschaft und Praxis gleichermaßen in teils diametral gegensätzlichen Einschätzungen zu dessen Wirkungen. Mittlerweile liegen hierzu zahlreiche empirisch belastbare Daten und Studien vor. Der Ökonom Oliver Bruttel, der die Geschäftsstelle der paritätisch besetzten, mithin ideologisch unverdächtigen Mindestlohnkommission in Berlin leitet, hat die wichtigsten Ergebnisse in einem englischsprachigen Beitrag für das Journal for Labour Market Research zusammengefasst.

[Weiterlesen](#)

Förderangebote rund um die Integration Geflüchteter: Netzwerk veröffentlicht wertvolle Praxishilfe

Wer Menschen mit Fluchthintergrund beschäftigen oder ausbilden möchte, kann hierfür auf verschiedene Förderangebote zurückgreifen.

In einem neuen [Ratgeber](#) informiert das Netzwerk "Unternehmen integrieren Flüchtlinge" praxisnah über die Optionen und darüber, wie man entsprechende Gelder beantragt.

Best-Practice-Karte zur Integration Geflüchteter

Während der Flüchtlingsbewegungen der letzten Jahre sind auch zahlreiche Kinder und Jugendliche nach Deutschland gekommen, die in unser Schulsystem integriert werden müssen. Die Friedrich-Ebert-Stiftung hat eine [Best-Practice-Karte](#) veröffentlicht, die Beispiele zeigt, dass zur gelingenden Integration viele Aspekte beitragen: Sie soll Anregungen geben und auf die Angebote anderer Bundesländer aufmerksam machen.

Selbsteinschätzung beruflicher Kompetenzen

Viele Geflüchtete und Geringqualifizierte haben wertvolle Berufserfahrungen, aber keinen formalen Berufsbildungsabschluss. Aus diesem Grund hat die Bertelsmann Stiftung ein [digitales Instrument](#) entwickelt, das basierend auf Bildern konkreter Handlungssituationen in wenigen Minuten eine erste Selbsteinschätzung beruflicher Kompetenzen ermöglicht.

Wegweiser: Inklusion im Betrieb

Die Aktion Mensch e. V. und das Kompetenzzentrum Fachkräftesicherung (KOFA) haben in dem ["Wegweiser: Inklusion im Betrieb"](#) Checklisten, Grafiken, Übersichten und Leitfäden für Personalverantwortliche in kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) erarbeitet.

Veröffentlichungen

IAB-Kurzbericht 22/2019: **Ein-Euro-Jobs nach der Instrumentenreform 2012: Zielgruppe besser erreicht – erste Ergebnisse zur Wirkung**

Ein-Euro-Jobs werden heute passgenauer eingesetzt als das in früheren Jahren der Fall war. Das war auch das erklärte Ziel einer Reform der arbeitsmarktpolitischen Instrumente im Jahr 2012.

Der [IAB-Kurzbericht 22/2019](#) zeigt, dass dieses Ziel erreicht wurde. An der Wirksamkeit der Ein-Euro-Jobs hinsichtlich der Integration in reguläre Beschäftigung hat sich dagegen wenig verändert: Kurz- und mittelfristig verringern sie eher die Wahrscheinlichkeit, eine reguläre Tätigkeit aufzunehmen, unter anderem da die Teilnehmer an Ein-Euro-Jobs während der Maßnahme weniger Zeit für die Arbeitsuche haben als Nicht-Teilnehmer.

Warum Bewerber und Ausbilder nicht zueinander finden

74.000 Bewerber ohne Ausbildungsplatz und 53.000 unbesetzte Stellen – wie kann das sein? Diese aktuellen Zahlen der Bundesagentur für Arbeit zum Ausbildungsmarkt 2019 sind rein rechnerisch ein Widerspruch, für Arbeitsmarktexperten jedoch Ausdruck von Passungsproblemen. Darunter versteht man die mangelnde Übereinstimmung zwischen Angebot und Nachfrage, die Jugendliche und Ausbildungsfirmen nicht zusammenkommen lässt. In Zeiten des Nachwuchsmangels ein unhaltbarer Zustand: Woran liegt das, was lässt sich dagegen tun?

Der [aktuelle Ländermonitor Berufliche Bildung](#) untersucht dieses nicht ganz neue Phänomen im Auftrag der Bertelsmann Stiftung.

Die 16 Länderberichte sind [hier](#) einzeln abrufbar.

[Zusammenfassung](#) im BFS Trendinfo 11/19

OECD stellt sieben Fragen zur betrieblichen Ausbildung

Der OECD-[Bericht "Sieben Fragen zur betrieblichen Ausbildung – Erkenntnisse aus internationalen Erfahrungen"](#) ist jetzt auf Deutsch erschienen. Er liefert Antworten auf Fragen, die sich Länder und Politikverantwortliche häufig stellen, wenn es darum geht, Ausbildungssysteme für junge Menschen einzuführen oder zu reformieren. Ein Kapitel geht der Frage nach, wie betriebliche Ausbildung förderbedürftigen jungen Menschen helfen kann.

Teilzeiterwerbstätigkeit: Überwiegend weiblich und im Durchschnitt schlechter bezahlt

Die Erwerbsbeteiligung von Frauen ist in den vergangenen Jahrzehnten stark gestiegen - immer mehr von ihnen arbeiten jedoch in Teilzeit: Im Jahr 2017 waren es 36 Prozent, über zehn Prozentpunkte mehr als Mitte der 1990er Jahre. Gleichzeitig ist der sogenannte Part-time Wage Gap, also die Stundenlohnlücke zwischen einem Vollzeit- und einem Teilzeitjob, deutlich gewachsen, von fünf Prozent Mitte der 1990er Jahre auf mittlerweile rund 17 Prozent. Das sind unter anderem zentrale Ergebnisse einer [aktuellen Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung](#) (DIW Berlin).

Berufsanerkennung für Migrantinnen – Neue Broschüre hilft bei der Suche nach Beratungsstellen

Die neue IQ Publikation "Berufsanerkennung für Migrantinnen - der Weg zum neuen Job" hilft Migrantinnen dabei, Expertinnen und Experten in ihrer Nähe zu finden, die Sie bei der Anerkennung unterstützen.

[Weiterlesen](#) auf der Internetseite des ESF für Deutschland

Wie Geflüchtete besser in Ausbildung und Arbeit kommen

Geflüchtete können in den Unternehmen hierzulande einen wertvollen Beitrag zur Fachkräftesicherung leisten. Achim Dercks, stellvertretender Hauptgeschäftsführer des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK), stellt acht DIHK-Vorschläge für eine gelungene Integration vor:

["Integration fördern – Hindernisse beseitigen"](#)

Das Rechtsdienstleistungsgesetz

Möglichkeiten und Grenzen der rechtlichen Beratung in den Migrationsfachdiensten

Die Auseinandersetzung mit rechtlichen Fragen gehört bei den Migrationsfachdiensten, also der Asylverfahrensberatung und Flüchtlingssozialarbeit, den Jugendmigrationsdiensten (JMD) und der Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer/innen (MBE), zur täglichen Arbeit.

Diese Broschüre definiert Rechtsdienstleistungen, erläutert ihre Zulässigkeiten im Rahmen des Rechtsdienstleistungsgesetzes, klärt auf über die Pflichten der Träger als Arbeitgeber und soll den Berater/innen als übersichtliche Arbeitshilfe für die alltägliche Praxis dienen.

Mehr Infos und Download auf der [Internetseite](#) der AWO

Fördertöpfe für Vereine, selbstorganisierte Projekte und politische Initiativen

Die in 14. Auflage vorliegende, vollständig aktualisierte Publikation versteht sich als praxisorientiertes Nachschlagewerk für Menschen, die sich in Gruppen und Initiativen engagieren und nach Finanzierungswegen zur Verwirklichung ihrer Projektideen suchen. Die Broschüre porträtiert mehr als 430 regionale, bundesweite und internationale Stiftungen und Förderquellen. Ein Schlagwortregister hilft ebenso bei der Suche wie ein alphabetisches Stiftungsverzeichnis.

Netzwerk Selbsthilfe e.V. (Hrsg.): Fördertöpfe für Vereine, selbstorganisierte Projekte und politische Initiativen. 14. überarbeitete und erweiterte Auflage, Berlin 2020, 264 S., 24 Euro.

[Information und Bestellung](#)

Veranstaltungen

Weiterbildung: Methoden und Medien der beruflichen Orientierung

Im Januar 2020 startet ein neuer Durchgang der berufsbegleitenden Weiterbildung: Fachprofil Methode und Medien der beruflichen Orientierung. In der Weiterbildung werden Sie befähigt, Methoden und Instrumente der beruflichen Orientierung selbstständig und zielgerichtet anzuwenden und sich einschlägiger Medien zur Unterstützung von Berufswahl- und Berufsfindungsprozessen zu bedienen. Die Weiterbildung umfasst 5 Module und eine Praxisphase. Die Weiterbildung wird mit einem von der Berliner Senatsverwaltung für Jugend, Schule und Familie anerkannten Zertifikat beendet.

Das Programm wird in Kooperation von der WeTeK gGmbH und BITS 21 im Förderverein für Jugend und Sozialarbeit e.V. realisiert.

Termin und Ort: 22.01.2020 – 21.08.2020 in Berlin. Für die Weiterbildung ist ein Eigenbetrag in Höhe von 160 Euro zu leisten.

[Programm und Anmeldung](#)

ESF+: Aktueller Stand und Umsetzungsvorschläge für die neue EU-Förderperiode des Bundes 2021–2027

Die Fachtagung des Paritätischen widmet sich dem Sachstand ESF+ und Mehrjähriger Finanzrahmen 2021 bis 2027 sowie der aktuellen Programmierung im BMAS und den Bund- und Länderkohärenzabsprachen.

Termin und Ort: 18.12.2019 in Berlin. Die Teilnahme ist kostenlos. Anmeldefrist: 05.12.2019

[Programm und Anmeldung](#)

Junge Geflüchtete – Ausbildungs- und Beschäftigungsduldung: Aufenthaltssicherung über Arbeit und Ausbildung

Das Seminar der Evangelischen Jugendsozialarbeit Bayern e.V. macht mit den Grundzügen der Regelungen und allen gesetzlichen Änderungen vertraut. Die Teilnehmenden können damit die notwendigen Schritte einleiten, um den Aufenthalt, auch bei einem möglicherweise negativen Ausgang des Asylverfahrens, sicher zu helfen.

Termin und Ort: 21.01.2020 in Nürnberg. Die Teilnahmegebühr beträgt 130/150 Euro. Anmeldung bis zum 08.01.2020.

[Programm und Anmeldung](#)

Der soziale Arbeitsmarkt in der Praxis: Erfahrungen, Handlungsoptionen, Zukunftsperspektiven

Seit dem 1.1.2019 sind mit Inkrafttreten des Teilhabechancengesetzes die Möglichkeiten öffentlich geförderter Beschäftigung für Langzeitarbeitslose stark ausgeweitet worden.

Was haben der Soziale Arbeitsmarkt und andere Initiativen – auch auf regionaler Ebene - bislang gebracht, was hat sich als förderlich, was als hinderlich erwiesen, sind unerwünschte Nebenwirkungen eingetreten? Welche Lehren können für die Praxis und die künftigen politischen und administrativen Weichenstellungen gezogen werden?

Termin und Ort: 05./ 06.03.2020 in Loccum.

[Anmeldung und Programmvorbestellung](#)